

Anfrage der FDP-Fraktion

öffentlich

Zur Sitzung	Sitzungstermin	Behandlung
Rat der Stadt	06.05.2025	Beantwortung der Anfrage

Betreff

GEBAG – Wie viele Millionen aus Steuergeld sollen noch folgen?

Inhalt

Vorbemerkung zur Anfrage

Die Duisburger Stadtochter GEBAG ist einmal mehr ins Zentrum öffentlicher Aufmerksamkeit gerückt – und erneut nicht im positiven Sinne. Nach dem Küppersmühlen-Desaster steht die Gesellschaft abermals am Rande der Zahlungsunfähigkeit. Mit der nun öffentlich gewordenen Notwendigkeit einer Rettung in Höhe von rund 165 Millionen Euro, finanziert maßgeblich aus Mitteln der Stadt Duisburg, stellt sich nicht nur die Frage nach der künftigen Handlungsfähigkeit der GEBAG, sondern auch nach der Verantwortung innerhalb von Verwaltung, Geschäftsführung und Politik.

Es ist ein Skandal, dass trotz positiver Geschäftszahlen für das Jahr 2023, noch im Frühjahr 2025 von einer „präventiven Umstrukturierung“ gesprochen wurde, während Wirtschaftsprüfer und Verwaltung bereits auf eine massive bilanzielle Schieflage und drohende Insolvenz hinwiesen. Nun offenbart sich, dass Grundstückswerte teils dramatisch überbewertet waren, was nicht nur zur bilanziellen Kernschmelze führte, sondern möglicherweise auch zu einer fehlerhaften Steuerfestsetzung mit erheblichen Folgekosten für die Allgemeinheit.

Diese Entwicklung ist nicht nur ein weiterer Rückschlag für die Glaubwürdigkeit kommunaler Wirtschaftspolitik, sondern weckt auch Zweifel am Controlling, an der politischen Aufsicht sowie an der redlichen Geschäftsführung innerhalb des Stadtkonzerns. Wenn eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft trotz Warnzeichen derart in Schieflage gerät, besteht der Verdacht systemischer Fehlentwicklungen – und womöglich rechtlicher Versäumnisse.

Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht auf Transparenz. Die Ratsmitglieder haben die Pflicht, zu kontrollieren und nicht bloß abzunicken.

Die FDP-Fraktion bittet daher um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Grundstücksbewertungen und Bilanzierung:

Wann und durch wen wurden die Grundstückswerte der GEBAG Flächenentwicklungsgesellschaft zuletzt bewertet und wie ist sichergestellt, dass die damaligen Buchwerte den tatsächlichen Marktwerten entsprachen?

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung Anfrage**2. Prüfung auf Insolvenzverschleppung:**

Liegen der Verwaltung Hinweise darauf vor, dass Verantwortliche der GEBAG oder der FE eine mögliche Insolvenz bereits vor der Offenlegung im Rahmen des Jahresabschlusses 2024 hätten erkennen können oder müssen (§ 15a InsO)?

3. Bilanzfälschung bzw. fehlerhafte Bilanzierung:

Wurden in den Jahren 2021 bis 2023 aufgrund der überhöhten Grundstückswerte Gewinne bilanziert, die nunmehr als nicht realistisch erscheinen? Wurden daraufhin Steuern abgeführt, die bei richtiger Bewertung nicht entstanden wären?

4. Haftung für überhöhte Steuerzahlungen:

Welche rechtlichen Möglichkeiten sieht die Stadt, steuerrechtliche Korrekturen gemäß §§ 172 ff. AO zu beantragen, wenn sich herausstellt, dass zu Unrecht zu hohe Gewinne ausgewiesen und damit zu hohe Steuerzahlungen geleistet wurden?

5. Finanzielle Haftung:

Wer haftet – zivil- oder strafrechtlich – für etwaige Schäden, die durch eine falsche Bewertung oder verspätete Offenlegung der wirtschaftlichen Lage entstanden sind, insbesondere im Hinblick auf überhöhte Steuerzahlungen oder Insolvenzrisiken?

6. Steuerliche Auswirkungen der Vermögensübertragungen:

Inwieweit sind durch die nun vollzogene Teilvermögensübertragung grunderwerbsteuerliche Risiken entstanden, insbesondere im Hinblick auf die Nachbehaltensfristen gem. § 6a GrEStG für frühere Grundstücksübertragungen (z. B. 2019 und 2020)?

7. Kontrolle und Verantwortung innerhalb des Stadtkonzerns:

Wie wurde das interne Controlling innerhalb des Stadtkonzerns organisiert, und warum konnten so erhebliche wirtschaftliche Schieflagen bei der GEBAG/FE über Jahre hinweg unentdeckt bleiben?

8. Kommunikationspolitik gegenüber dem Rat:

Warum wurde der Rat der Stadt noch im Februar 2025 von der Verwaltung und Geschäftsführung nicht über die drohende Insolvenzgefahr informiert, obwohl intern offenbar bereits seit der Jahresabschlussprüfung 2024 massive Risiken bekannt waren?

9. Personalpolitik und Verantwortung:

Welche Rolle spielten die ehemaligen Geschäftsführer Bernd Wortmeyer und Winand Schneider bei der Entwicklung der aktuellen Lage? Sind gegen sie disziplinarrechtliche oder sonstige juristische Schritte eingeleitet worden?

10. Künftige Risikoüberwachung:

Welche konkreten Maßnahmen plant die Stadt, um vergleichbare wirtschaftliche Fehlentwicklungen bei stadt eigenen Gesellschaften künftig frühzeitig zu erkennen und zu verhindern (z. B. Einführung eines Konzerncontrollings oder Frühwarnsystems)?